



Antrag

der Abgeordneten **Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Doris Rauscher, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann, Ruth Müller SPD**

Bericht zur politischen Bildung und Demokratieerziehung an den beruflichen Schulen in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bildung und Kultus schriftlich und mündlich zu berichten, wie die politische Bildung und die Demokratieerziehung an den Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufsoberschulen und Fachoberschulen verankert ist.

Der Bericht soll insbesondere auf folgende Fragen eingehen:

1. Wie werden die unterschiedlichen Vorkenntnisse der Schülerinnen und Schüler im Bereich der politischen Bildung und Demokratieerziehung didaktisch und methodisch in den unterschiedlichen Schularten berücksichtigt?
2. Welche Formen der Mitbestimmung gibt es an den beruflichen Schulen und wie wird deren Erfolg für das demokratische Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler eingeschätzt?
3. Wie stellt sich die Entwicklung der personellen und finanziellen Ressourcen für politische Bildung im Vergleich zur (neugeplanten) Oberstufe der Gymnasien dar?
4. In welchem Maße nehmen die Schülerinnen und Schüler im Rahmen ihrer berufsschulischen Ausbildung Angebote der Erinnerungsorte in Bayern wahr und gibt es an den beiden KZ-Gedenkstätten auf die Schülerinnen und Schüler der beruflichen Schulen zugeschnittene Bildungsangebote?
5. Welche außerschulischen Angebote zur Demokratieerziehung werden an den bayerischen Berufsschulen in welchem Umfang genutzt?

Begründung:

„Wer hat, dem wird gegeben“, so lautet eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur politischen Bildung an Schulen. Die Studie kommt zu folgendem Befund: „Es sind vor allem Schülerinnen mit hohem kulturellen Kapital an Gymnasien, denen in der Regel auch quantitativ und qualitativ die hochwertigeren Angebote politischer Bildung und Demokratiebildung zur Verfügung gestellt werden.“ Insbesondere weist die Studie nach, dass es erhebliche Defizite der Angebote an den beruflichen Schulen gibt: „Abgehängt sind fast immer die Schülerinnen der Berufs- und Berufsfachschulen (...). Sie verfügen häufig über ein geringeres kulturelles Kapital und profitieren am wenigsten quantitativ und qualitativ von den Angeboten der politischen Bildung.“ Da die Studie einen bundesweiten Focus hatte, soll der Bericht der Staatsregierung die konkrete Situation in Bayern darstellen.